Kantonale Volksabstimmung vom 17. Mai 2020

AbstimmungsInfo

Vorlage

Kurzinformationen

Einführung des Auftrages als politisches Instrument der Parlamentsmitglieder bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation; Änderung des Gemeindegesetzes

Von der Vorlage ist nur die ausserordentliche Gemeindeorganisation mit Gemeindeparlament betroffen.

Bei Annahme der Vorlage kann neu jedes Mitglied des Gemeindeparlaments ein Auftragsbegehren stellen. Die bisherigen Instrumente Motion und Postulat werden im neuen Instrument Auftrag zusammengefasst.

Für den Kanton und die Gemeinden mit der ordentlichen Gemeindeorganisation (Gemeindeversammlung) hat die Vorlage keine Auswirkungen. Nur für die Einwohnergemeinde der Stadt Olten sowie für Zweckverbände mit Delegiertenversammlung wird allenfalls eine Anpassung der Gemeindeordnung oder der Statuten und weiterer ausführender Reglemente notwendig sein.

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 29. Januar 2020 mit 49 JA zu 45 NEIN bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Da im Kantonsrat die notwendige Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder nicht erreicht worden ist, unterliegt die Gesetzesrevision dem obligatorischen Referendum.

Argumente Regierungsrat

Der Regierungsrat und die Mehrheit im Kantonsrat begrüssen die Teilrevision aus folgenden Gründen:

- Die Instrumente "Motion und Postulat" werden durch den "Auftrag" ersetzt. Dies schafft eine Vereinfachung und Transparenz;
- das Parlamentsmitglied muss sich nicht mehr zwischen einer Motion oder einem Postulat entscheiden;
- der Auftrag wird für alle Parlamente im Kanton Solothurn, ob kantonal oder kommunal, das Instrument für einen Vorstoss sein;
- in Zukunft werden sich weitere Gemeinden überlegen, ein Parlament einzuführen. Die Regelung wird dann auch für diese gelten.

Argumente Beratungen im Kantonsrat

Die Minderheit im Kantonsrat lehnt die Teilrevision des Gemeindegesetzes aus folgenden Gründen ab:

- Materiell ändert sich nichts, es erfolgt lediglich die Reduktion auf einen Begriff;
- die Gesetzesrevision ist unnötig;
- mit dieser Gesetzesänderung werden die Probleme in Olten nicht gelöst. Eine Gesetzesänderung wegen einer einzigen Gemeinde ist nicht sinnvoll;
- die Gesetzesrevision führt zu unnötigem bürokratischem Mehraufwand in der ausserordentlichen Gemeindeorganisation.

Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen Ihnen ein JA zur Einführung des Auftrages als politisches Instrument der Parlamentsmitglieder bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation; Änderung des Gemeindegesetzes.

Erläuterungen

Ausgangslage

Diese Vorlage geht auf einen politischen Vorstoss aus dem Jahr 2018 zurück. Der Vorstoss sah ursprünglich vor, allen Gemeinden die Möglichkeit zu geben, zwischen dem heute praktizierten System mit Motion und Postulat oder einem System mit Auftrag frei wählen zu können. Anfang Januar 2019 beantragte der Regierungsrat die Erheblicherklärung des Vorstosses mit angepasstem Wortlaut. Neu sollte der Auftrag als politisches Instrument nur noch bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation für die Parlamentsmitglieder vorgesehen werden. In diesem Sinne hat der Kantonsrat den Vorstoss dann im Juni 2019 für erheblich erklärt. Der anschliessend ausgearbeiteten Gesetzesvorlage stimmte der Kantonsrat im Januar 2020 mit einer knappen Mehrheit zu.

Das Gemeindegesetz vom 16. Februar 1992 (GG; BGS 131.1) unterscheidet zwischen der ordentlichen Gemeindeorganisation mit Gemeindeversammlung und der ausserordentlichen Gemeindeorganisation mit Gemeindeparlament. Von der Vorlage ist nur die ausserordentliche Gemeindeorganisation betroffen. Von den Gemeinden im Kanton Solothurn hat bisher einzig die Einwohnergemeinde der Stadt Olten die ausserordentliche Gemeindeorganisation gewählt. Weiter existieren diverse Zweckverbände mit Delegiertenversammlung, auf welche die Regelungen der ausserordentlichen Gemeindeorganisation sinngemäss Anwendung finden. Auch diese sind daher von der Vorlage betroffen.

Derzeitige Situation

Derzeit können die Parlamentsmitglieder bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation als politische Instrumente die Motion oder das Postulat einsetzen.

Motion: Diese verlangt vom Gemeinderat (in der Einwohnergemeinde der Stadt Olten als Stadtrat bezeichnet), dem Gemeindeparlament einen Reglements- oder Beschlussesentwurf vorzulegen.

Postulat: Dieses verlangt vom Gemeinderat, zu prüfen, ob ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder ob eine Massnahme zu treffen oder zu unterlassen sei.

Gegenstände: Eine Motion kann einzig zu einem Gegenstand eingereicht werden, für welchen das Gemeindeparlament zuständig ist. Das unverbindlichere Postulat hingegen kann einen Gegenstand betreffen, für den das Gemeindeparlament oder der Gemeinderat zuständig ist.

Verfahren: Dieses ist bei Motionen und Postulaten weitgehend identisch. Die Motion oder das Postulat sind schriftlich einzureichen und haben ein bestimmtes Begehren und eine Begründung zu enthalten. Der Gemeindepräsident oder die Gemeindepräsidentin nimmt den Vorstoss entgegen und sorgt dafür, dass sich das Verfahren nicht verzögert. Der Vorstoss ist auf die nächste Sitzung des Gemeindeparlaments hin zu traktandieren und mündlich begründen zu lassen. Der Gemeinderat hat zu beantragen, ob die Motion oder das Postulat erheblich oder nicht erheblich erklärt werden soll. Nach durchgeführter Diskussion ist darüber abzustimmen. Der Gegenstand einer erheblich erklärten Motion oder eines erheblich erklärten Postulats ist auf eine der nächsten Sitzungen des Gemeindeparlaments hin zu traktandieren. Vorbehalten bleibt der Fall, in dem der Gemeinderat beauftragt worden ist, Massnahmen in seinem Bereich zu prüfen. Bei beiden Instrumenten prüft der Gemeinderat somit, ob der Gegenstand des Vorstosses zur Beschlussfassung schlussendlich in die Kompetenz des Gemeindeparlaments oder des Gemeinderates fällt. Bei einem erheblich erklärten Postulat in der Kompetenz des Gemeinderates, fasst dieser selbst einen Beschluss, über welchen er das Gemeindeparlament lediglich informiert.

Dringlichkeit: Ist die Angelegenheit dringlich, kann die Mehrheit der an der Sitzung des Gemeindeparlaments anwesenden Mitglieder beschliessen, dass die Motion oder das Postulat sofort begründet wird. Nach der Diskussion wird ohne Antrag des Gemeinderates abgestimmt, ob die

Motion oder das Postulat erheblich erklärt werden soll. Wird die Motion oder das Postulat erheblich erklärt, so ist der Gegenstand auf eine der nächsten Sitzungen des Gemeindeparlaments hin zu traktandieren. Vorbehalten bleibt der Fall, in dem der Gemeinderat beauftragt worden ist, Massnahmen in seinem Bereich zu prüfen.

Stand hängiger Vorstösse: Der Gemeinderat hat dem Gemeindeparlament jährlich über den Stand der hängigen, erheblich erklärten Motionen und Postulate zu berichten.

Vorschlagsrecht: Das Gemeindegesetz sieht vor, dass in der Gemeindeordnung ein Teil der Stimmberechtigten ermächtigt werden kann, dem Gemeindeparlament schriftlich Vorschläge zu unterbreiten. Die Vorschläge sind wie Motionen oder Postulate eines Mitgliedes des Gemeindeparlamentes zu behandeln. Die Einwohnergemeinde Stadt Olten hat in ihrer Gemeindeordnung von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Situation bei Annahme der Vorlage

Bei Annahme der Vorlage kann neu jedes Mitglied des Gemeindeparlamentes ein Auftragsbegehren stellen. Die bisherigen Instrumente Motion und Postulat werden im neuen Instrument Auftrag zusammengefasst.

Auftrag und Gegenstände: Der Auftrag verlangt vom Gemeinderat, dem Gemeindeparlament einen Reglements- oder Beschlussesentwurf zu einem Gegenstand, für den das Gemeindeparlament zuständig ist, vorzulegen oder zu prüfen, ob zu einem Gegenstand ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder ob eine Massnahme zu treffen oder zu unterlassen sei. Die Möglichkeiten des Auftrages entsprechen somit im zusammengefasster Form genau denjenigen der Motion und des Postulats.

Verfahren: Dieses ist bei einem Auftrag dasselbe wie zuvor bei einer Motion oder einem Postulat. An der Unterscheidung zwischen Gegenständen in der Kompetenz des Gemeindeparlamentes oder des Gemeinderates wird weiterhin festgehalten. Mit der Einführung des Auftrages als parlamentarisches Instrument sollen die Kompetenzen des Gemeindeparlamentes und des Gemeinderates nicht verändert werden. Auch bei einem erheblich erklärten Auftrag in der Kompetenz des Gemeinderates fasst dieser selbst einen Beschluss, über welchen er das Gemeindeparlament lediglich informiert.

Dringlichkeit und Stand hängiger Vorstösse: Bei der Einführung des Auftrages ergeben sich im Vergleich zur vorherigen Regelung keine Änderungen.

Vorschlagsrecht: Neu sind die Vorschläge wie Aufträge eines Mitgliedes des Gemeindeparlamentes zu behandeln.

Auswirkungen bei Annahme der Vorlage

Für den Kanton hat die Vorlage keine personellen und finanziellen Konsequenzen. Auch sind keine speziellen Vollzugsmassnahmen seitens des Kantons nötig.

Ausser für die Einwohnergemeinde der Stadt Olten hat die Vorlage für alle anderen Gemeinden derzeit keine Auswirkungen. Für die Einwohnergemeinde der Stadt Olten wird allenfalls eine Anpassung der Gemeindeordnung und weiterer ausführender Reglemente notwendig. Dasselbe gilt für Statuten von Zweckverbänden mit Delegiertenversammlung.